

„Ich kenne auch ziemlich unreife 60- oder 70-Jährige“

Terre-des-hommes-Botschafterin Margot Käßmann fordert Engagement von der Bundesregierung und das Wahlrecht ab 16

Thomas Ludwig

OSNABRÜCK Sie selbst hat vier Kinder und sieben Enkel, da lag es nicht fern, sich nach dem Leben als Bischöfin um die Belange von Kindern zu kümmern. Ein Gespräch mit Terre-des-hommes-Botschafterin (Tdh) Margot Käßmann über Kinderrechte, Ehrenamt in Deutschland und ihre Erwartungen an die neue Bundesregierung.

Frau Käßmann, wie steht es um das ehrenamtliche Engagement in Deutschland?

Grundsätzlich sind viele Menschen bereit, sich zu engagieren, das zeigen die Statistiken. Das Engagement ändert sich aber. Die Menschen stellen ihre Expertise gern für konkrete Kampagnen oder Vorhaben für einen gewissen Zeitrahmen zur Verfügung. Früher sind die Leute oft über Jahrzehnte dabeigeblichen, das ist vorbei. Tdh hat immerhin rund 400 Mitglieder, die jünger als 35 Jahre sind, das entspricht ungefähr einem Viertel der gesamten Mitgliedschaft von tdh. Das ist relativ gut.

Es gibt also nicht die oft beanstandete „Entsolidarisierung“ der deutschen Gesellschaft?

Sicher gibt es gesellschaftliche Spannungen und eine gewisse Entsolidarisierung in manchen Bereichen. Es gibt aber auch ein sehr hohes Maß an Engagement, beispielsweise in der Betreuung von Geflüchteten. Bei all den Negativmeldungen gerät das heute oft aus dem Blick. Der soziale Frieden in unserer Gesellschaft existiert überhaupt immer noch, weil so viele Bürger für andere Menschen ehrenamtlich aktiv sind – unter anderem bei Organisationen wie tdh.

Die Ampel-Koalition will Kinderrechte blumig zum „Kompass einer zukunftsorientierten Politik“ machen. Was erwarten Sie von der Bundesregierung?

Ich erwarte von der neuen Regierung unter anderem, dass sie das Lieferkettengesetz nachbessert, damit wir Konsumenten und Konsumentinnen wissen, wie und von wem unter welchen Umständen Textilien gefertigt werden. Das Lieferkettengesetz setzt derzeit an einer zu späten Fertigungsstufe an. Es muss alles nachzuerfolgen sein, bis hin zu der Frage „Haben Kinder auf den Feldern die Baumwolle gepflückt“ oder „Wurden dort gesundheitsschädigende Pestizide eingesetzt?“. Das Gesetz soll 2023 in Kraft treten, es gibt also noch Spielraum, Unternehmen noch konsequenter auf Menschenrechts- und Umweltstandards zu verpflichten. Im Übrigen brauchen wir ein solches wirksames Gesetz auch auf EU-Ebene. Ich wünsche mir, dass sich die Ampel dafür in Brüssel starkmacht. Natürlich müssen auch wir uns fragen: Ist es mir wirklich egal, wie ein T-Shirt hergestellt wird, ob durch Kinderarbeit oder unter menschenunwürdigen Bedingungen? Wenn sich unser

Kaufverhalten ändern würde, weg von Fast Fashion, würde sich auch in den Herstellerländern wie Indien oder Bangladesch etwas ändern. Das alles geht aber nur sehr langsam. Deshalb brauchen wir entsprechende Gesetze, die auch die wirtschaftlichen Akteure zu einem Richtungswechsel drängen.

Und was halten Sie von der Absicht der Ampel-Koalition, das Wahlalter bei der Bundestagswahl auf 16 Jahre zu senken?

In der UN-Kinderrechtskonvention steht, dass Kinder an Prozessen, die sie betreffen, beteiligt werden sollen, sofern das altersgerecht möglich ist. Demzufolge wäre es konsequent, das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken. Damit sollte die rot-grün-gelbe Regierungsmehrheit in dieser Legislaturperiode Ernst machen. Die Mehrheit der Wähler und Wählerinnen im Land ist in meinem Alter und älter; wir entscheiden über Regierungen, die die Weichen stellen für jüngere Generationen. Da sollten diese doch auch ein Wörtchen mitzureden haben. Im Wahlkampf müssten sich Politikerinnen und Politiker dann auch viel mehr auf die Bedürfnisse junger Menschen einstellen.

Das Argument, 16-Jährige seien für politische Entscheidungen nicht reif genug, lassen Sie also nicht gelten?

Ich kenne auch ziemlich unreife 60- oder 70-Jährige... im Übrigen lag das Volljährigkeitsalter ja auch mal bei 21 Jahren. Damals konnten sich viele Menschen nicht vorstellen, dass es auch schon mit 18 geht.